

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abbildungsverzeichnis	XVII
Tabellenverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
1. Zusammenhang zwischen betriebswirtschaftlichen Überlegungen und steuerrechtlichen Normen	1
2. Internationale Unternehmensbesteuerung aus betriebswirtschaftlicher Sicht	7
2.1 Doppelbesteuerung	7
2.2 Zwischenstaatliche Erfolgszuordnung	75
2.3 Minderbesteuerung	94
2.4 Umsatzsteuer	108
3. Internationale Unternehmensbesteuerung aus rechtlicher Sicht	113
3.1 Begriff und Rechtsquellen des internationalen Steuerrechts	113
3.2 Recht der Europäischen Union	114
3.3 Innerstaatliches Außensteuerrecht	154
3.4 Doppelbesteuerungsabkommen	197
3.5 Weitere Quellen des internationalen Steuerrechts	232
3.6 Konsequenzen des Rechts der Europäischen Union und der Doppelbesteuerungsabkommen auf die Steuerpolitik in Deutschland	233
4. Ertragsbesteuerung inländischer Unternehmen mit grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit	245
4.1 Einflussfaktoren auf die Wahl der Organisationsform und deren Bedeutung für die Steuerplanung	245
4.2 Besteuerung von Direktgeschäften	248
4.3 Besteuerung von Direktinvestitionen in Form einer rechtlich unselbständigen Niederlassung (Betriebsstätte)	262
4.4 Besteuerung von Direktinvestitionen in Form einer Beteiligung an einer Tochterkapitalgesellschaft	286
4.5 Besteuerung von Direktinvestitionen in Form einer Tochterpersonengesellschaft	328
5. Empfehlungen zur Rechtsform und Finanzierung einer Auslandsinvestition	339
5.1 Zielsetzung und Daten der Fallstudien	339
5.2 Finanzierung der Auslandsinvestition mit Eigenkapital	343
5.3 Finanzierung der Auslandsinvestition mit Fremdkapital	390
5.4 Im Ausland Verluste	407
5.5 Steuerplanung einer Mutterkapitalgesellschaft durch Errichtung einer Holdinggesellschaft mit Sitz im Ausland	410

6. Zwischenstaatliche Erfolgszuordnung im international tätigen Unternehmen	417
6.1 Gemeinsame Betrachtung von Betriebsstätten und Tochterkapitalgesellschaften	418
6.2 Rechtsgrundlagen	424
6.3 Merkmale des Fremdvergleichs	452
6.4 Verrechnungspreismethoden	466
6.5 Erfassung von Wechselkursänderungen	486
6.6 Anwendungsfälle	489
6.7 Einfluss der Besteuerung auf die Verteilung von betrieblichen Funktionen im international tätigen Unternehmen	527
7. Umsatzsteuer bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit	555
7.1 Konzepte zur umsatzsteuerlichen Erfassung des grenzüberschreitenden Leistungsaustauschs	555
7.2 Lieferungen in Drittstaaten	569
7.3 Lieferungen in einen anderen Mitgliedstaat der EU	573
7.4 Sonstige Leistungen an einen ausländische Abnehmer	584
7.5 Besonderheiten bei ausländischen Betriebsstätten	590
7.6 Besonderheiten bei ausländischen Tochterkapitalgesellschaften	591
Literaturverzeichnis	593
Stichwortverzeichnis	617

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abbildungsverzeichnis	XVII
Tabellenverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
1. Zusammenhang zwischen betriebswirtschaftlichen Überlegungen und steuerrechtlichen Normen	1
2. Internationale Unternehmensbesteuerung aus betriebswirtschaftlicher Sicht	7
2.1 Doppelbesteuerung	7
2.1.1 Begriff der Doppelbesteuerung	7
2.1.2 Ursachen und Konsequenzen von Doppelbesteuerungen	9
2.1.3 Anrechnungsmethode und Freistellungsmethode als Grundformen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen	14
2.1.3.1 Grundsätzliche Wirkungen im Gewinnfall	15
2.1.3.2 Grundsätzliche Wirkungen im Verlustfall	19
2.1.3.3 Einfluss von progressiven Steuertarifen	25
2.1.4 Vor- und Nachteile der Anrechnungs- und der Freistellungsmethode ..	30
2.1.4.1 Bestehen eines Anrechnungshöchstbetrags als Grundproblem der Anrechnungsmethode	31
2.1.4.2 Rechtfertigung der Zweiteilung in inländische und in ausländische Einkünfte als Grundproblem der Freistellungsmethode	40
2.1.4.2.1 Versuch einer methodischen Begründung für eine kapitalimportneutrale Besteuerung	40
2.1.4.2.2 Rechtfertigung der Freistellungsmethode mit Hilfe von Plausibilitätsüberlegungen	42
2.1.4.2.3 Beurteilung der pragmatischen Argumente zugunsten der Freistellungsmethode	44
2.1.4.3 Fehlende grenzüberschreitende Verlustverrechnung als weiteres Problem der Freistellungsmethode	47
2.1.4.4 Schwierigkeiten der Integration von ausländischen Tochterkapitalgesellschaften	50
2.1.4.5 Probleme aus dem Nebeneinander von Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer	57
2.1.4.6 Ergebnisse der Gegenüberstellung von Anrechnungs- und Freistellungsmethode	62
2.1.5 Abzugs- und Pauschalierungsmethode als ergänzende Maßnahmen ..	68
2.2 Zwischenstaatliche Erfolgszuordnung	75
2.2.1 Bedeutung der zwischenstaatlichen Erfolgszuordnung für die Unternehmen und die Staaten	75
2.2.2 Veranlassungsprinzip als Ausgangspunkt für die zwischenstaatliche Erfolgszuordnung	82
2.2.2.1 Bedeutung des Veranlassungsprinzips	82

2.2.2.2 Indirekte Methode: Aufteilung durch Schlüsselung des Gesamtgewinns	83
2.2.2.3 Direkte Methode: Aufteilung mit Hilfe von Verrechnungspreisen ..	87
2.2.2.4 Vor- und Nachteile der beiden Ansätze für die zwischenstaatliche Erfolgszuordnung	90
2.3 Minderbesteuerung	94
2.3.1 Begriff, Ursachen und Konsequenzen von Minderbesteuerungen	94
2.3.2 Maßnahmen zur Vermeidung von Minderbesteuerungen	100
2.4 Umsatzsteuer	108
2.4.1 Ursprungsland- und Bestimmungslandprinzip als Grundformen zur umsatzsteuerlichen Erfassung des grenzüberschreitenden Leistungsaustauschs	108
2.4.2 Konflikt zwischen dem Verbrauchsteuercharakter der Umsatzsteuer und dem Binnenmarktgedanken	109
3. Internationale Unternehmensbesteuerung aus rechtlicher Sicht	113
3.1 Begriff und Rechtsquellen des internationalen Steuerrechts	113
3.2 Recht der Europäischen Union	114
3.2.1 Vertragliche Grundlagen und Organe	114
3.2.2 Primäres Unionsrecht	117
3.2.3 Sekundäres Unionsrecht	121
3.2.3.1 Formen und deren Bedeutung	121
3.2.3.2 Richtlinien mit steuerlichem Bezug	123
3.2.3.3 Weitere Regelungen mit steuerlichem Bezug	137
3.2.4 Rechtsschutz durch den EuGH	144
3.2.5 Zusammenhang zwischen den Grundfragen der internationalen Unternehmensbesteuerung und dem Recht der Europäischen Union ..	152
3.3 Innerstaatliches Außensteuerrecht	154
3.3.1 Einkommen- und Körperschaftsteuer	155
3.3.1.1 Steuerpflicht	155
3.3.1.1.1 Unbeschränkte Steuerpflicht	155
3.3.1.1.2 Beschränkte Steuerpflicht	158
3.3.1.1.3 Erweiterte unbeschränkte Steuerpflicht	169
3.3.1.1.4 Besondere beschränkte Steuerpflicht	170
3.3.1.1.5 Erweiterte beschränkte Steuerpflicht	171
3.3.1.2 Vermeidung von internationalen Doppelbesteuerungen	173
3.3.1.2.1 Überblick	173
3.3.1.2.2 Anrechnungsmethode	174
3.3.1.2.3 Abzugsmethode	183
3.3.1.2.4 Pauschalierungserlass	188
3.3.1.2.5 Auslandstätigkeitserlass	190
3.3.2 Gewerbesteuer	190
3.3.3 Erbschaft- und Schenkungsteuer	194
3.3.3.1 Steuerpflicht	194
3.3.3.1.1 Unbeschränkte Steuerpflicht	194
3.3.3.1.2 Beschränkte Steuerpflicht	195
3.3.3.1.3 Erweiterte beschränkte Erbschaft- und Schenkungsteuerpflicht ..	196
3.3.3.2 Vermeidung von internationalen Doppelbesteuerungen	196
3.4 Doppelbesteuerungsabkommen	197
3.4.1 Wirkungsweise von Doppelbesteuerungsabkommen	197
3.4.1.1 Funktion von Doppelbesteuerungsabkommen	198

3.4.1.2 Vorteile von Doppelbesteuerungsabkommen gegenüber unilateralen Regelungen	201
3.4.1.3 Aufbau von Doppelbesteuerungsabkommen	202
3.4.2 Abkommensrechtliche Maßnahmen zur Vermeidung von internationalen Doppelbesteuerungen	205
3.4.2.1 Prinzipien zur Aufteilung der Besteuerungsrechte	205
3.4.2.2 Einschränkung der Quellenbesteuerung	206
3.4.2.3 Entlastungen bei der Besteuerung im Ansässigkeitsstaat	215
3.4.2.4 Weitere Maßnahmen in Doppelbesteuerungsabkommen	220
3.4.2.5 Besonderheiten des UN-Musterabkommens	225
3.4.3 Vergleich zwischen nationalem Recht und Abkommensrecht	228
3.4.4 Grundzüge der Doppelbesteuerungsabkommen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer	231
3.5 Weitere Quellen des internationalen Steuerrechts	232
3.6 Konsequenzen des Rechts der Europäischen Union und der Doppelbesteuerungsabkommen auf die Steuerpolitik in Deutschland	233
3.6.1 Grenzen einer nationalstaatlich ausgerichteten Steuerpolitik	233
3.6.2 Höhe der Steuerbelastung für Unternehmen	234
3.6.3 Körperschaftsteuersystem	239
3.6.4 Besteuerung von Einzelunternehmen und Personengesellschaften	242
3.6.5 Weitere Einflüsse auf das deutsche Steuerrecht	243
4. Ertragsbesteuerung inländischer Unternehmen mit grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit	245
4.1 Einflussfaktoren auf die Wahl der Organisationsform und deren Bedeutung für die Steuerplanung	245
4.2 Besteuerung von Direktgeschäften	248
4.2.1 Formen und steuerliche Hauptfragen	248
4.2.2 Warenlieferungen, gewerbliche Dienstleistungen sowie kurzfristige Bau- und Montagetätigkeiten	250
4.2.2.1 Besteuerung von Gewinnen	250
4.2.2.1.1 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	250
4.2.2.1.2 Abkommensrecht (DBA-Fall)	252
4.2.2.2 Behandlung von Verlusten	253
4.2.3 Überlassung von Kapital, beweglichen Wirtschaftsgütern und immateriellen Wirtschaftsgütern	253
4.2.3.1 Besteuerung von Gewinnen	253
4.2.3.1.1 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	253
4.2.3.1.2 Abkommensrecht (DBA-Fall)	256
4.2.3.2 Behandlung von Verlusten	258
4.2.4 Überlassung von Grundstücken	259
4.2.4.1 Besteuerung von Gewinnen	259
4.2.4.1.1 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	259
4.2.4.1.2 Abkommensrecht (DBA-Fall)	260
4.2.4.2 Behandlung von Verlusten	261
4.3 Besteuerung von Direktinvestitionen in Form einer rechtlich unselbständigen Niederlassung (Betriebsstätte)	262
4.3.1 Steuerliche Hauptfragen eines internationalen Einheitsunternehmens	262
4.3.2 Begriff der Betriebsstätte	264
4.3.2.1 Betriebsstättenbegriff im nationalen Recht	264
4.3.2.2 Betriebsstättenbegriff nach Abkommensrecht	267
4.3.2.3 Betriebsstättensondertatbestände	270

4.3.2.4 Betriebsstättenproblematik beim Electronic Commerce	272
4.3.3 Besteuerung von Gewinnen	275
4.3.3.1 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	275
4.3.3.1.1 Besteuerung im Ausland	275
4.3.3.1.2 Besteuerung im Inland	276
4.3.3.2 Abkommensrecht (DBA-Fall)	279
4.3.3.2.1 Besteuerung im Ausland	279
4.3.3.2.2 Besteuerung im Inland	280
4.3.4 Behandlung von Verlusten	281
4.3.4.1 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	281
4.3.4.2 Abkommensrecht (DBA-Fall)	283
4.4 Besteuerung von Direktinvestitionen in Form einer Beteiligung an einer Tochterkapitalgesellschaft	286
4.4.1 Steuerliche Hauptfragen eines internationalen Konzerns	286
4.4.2 Voraussetzungen für die vollständige Beachtung des Trennungs- prinzips	290
4.4.2.1 Prüfkriterien	290
4.4.2.2 Anerkennung als Kapitalgesellschaft	291
4.4.2.3 Anerkennung als ausländische Kapitalgesellschaft	292
4.4.2.4 Anerkennung als eigenständige Kapitalgesellschaft (keine Durchgriffsbesteuerung)	294
4.4.2.4.1 Voraussetzungen	294
4.4.2.4.2 Rechtsfolgen bei Vorliegen einer Basisgesellschaft	296
4.4.2.5 Anerkennung der Abschirmwirkung der Kapitalgesellschaft (keine Hinzurechnungsbesteuerung)	297
4.4.2.5.1 Voraussetzungen	297
4.4.2.5.2 Rechtsfolgen einer Hinzurechnungsbesteuerung	302
4.4.3 Besteuerung von Gewinnen	306
4.4.3.1 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	306
4.4.3.1.1 Besteuerung im Ausland	306
4.4.3.1.2 Besteuerung im Inland	307
4.4.3.2 Abkommensrecht (DBA-Fall)	315
4.4.3.2.1 Besteuerung im Ausland	315
4.4.3.2.2 Besteuerung im Inland	317
4.4.4 Behandlung von Verlusten	321
4.4.4.1 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	321
4.4.4.1.1 Besteuerung im Ausland	321
4.4.4.1.2 Besteuerung im Inland	321
4.4.4.2 Abkommensrecht (DBA-Fall)	323
4.4.5 Besteuerung von schuldrechtlichen Lieferungs- und Leistungs- beziehungen zwischen der Tochterkapitalgesellschaft und dem Mutterunternehmen	325
4.4.5.1 Grundsätzliche Einordnung	325
4.4.5.2 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	326
4.4.5.2.1 Besteuerung im Ausland	326
4.4.5.2.2 Besteuerung im Inland	326
4.4.5.3 Abkommensrecht (DBA-Fall)	327
4.4.5.3.1 Besteuerung im Ausland	327
4.4.5.3.2 Besteuerung im Inland	327
4.5 Besteuerung von Direktinvestitionen in Form einer Tochterpersonen- gesellschaft	328

4.5.1 Einordnung der Personengesellschaft in das System der internationalen Besteuerung	328
4.5.2 Besteuerung bei übereinstimmender Steuersubjektqualifikation	332
4.5.2.1 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	332
4.5.2.2 Abkommensrecht (DBA-Fall)	334
4.5.3 Besteuerung bei Abweichungen hinsichtlich der Steuersubjektqualifikation	336
4.5.3.1 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	336
4.5.3.2 Abkommensrecht (DBA-Fall)	337
5. Empfehlungen zur Rechtsform und Finanzierung einer Auslandsinvestition	339
5.1 Zielsetzung und Daten der Fallstudien	339
5.2 Finanzierung der Auslandsinvestition mit Eigenkapital	343
5.2.1 Nationales Recht (Nicht-DBA-Fall)	343
5.2.1.1 Inländische Spitzeneinheit: Einzelunternehmen oder Personengesellschaft	343
5.2.1.2 Inländische Spitzeneinheit: Kapitalgesellschaft	349
5.2.1.3 Vergleich in Abhängigkeit von der Rechtsform der inländischen Spitzeneinheit	354
5.2.2 Abkommensrecht (DBA-Fall)	356
5.2.2.1 Inländische Spitzeneinheit: Einzelunternehmen oder Personengesellschaft	356
5.2.2.2 Inländische Spitzeneinheit: Kapitalgesellschaft	361
5.2.2.3 Vergleich in Abhängigkeit von der Rechtsform der inländischen Spitzeneinheit	365
5.2.3 Besonderheiten bei Direktinvestitionen in einem anderen EU-Staat	368
5.2.4 Einfluss der Begünstigung nicht entnommener Gewinne nach §34a EStG	372
5.2.5 Weiterleitung der Gewinne an die Inhaber der Spitzeneinheit	373
5.2.5.1 Mutterkapitalgesellschaft im Vergleich mit Mutterpersonunternehmen (Regelbesteuerung)	374
5.2.5.2 Mutterkapitalgesellschaft im Vergleich mit Mutterpersonunternehmen (Thesaurierungsbegünstigung)	378
5.2.6 Steuerplanung durch Zwischenschaltung einer inländischen Kapitalgesellschaft (inländische Auslandsholding)	382
5.2.6.1 Entscheidungssituation	382
5.2.6.2 Thesaurierung im Unternehmensbereich	384
5.2.6.3 Weiterleitung an die Inhaber der Spitzeneinheit	385
5.3 Finanzierung der Auslandsinvestition mit Fremdkapital	390
5.3.1 Daten der Fallstudie	390
5.3.2 Inländische Spitzeneinheit: Einzelunternehmen oder Personengesellschaft	392
5.3.3 Inländische Spitzeneinheit: Kapitalgesellschaft	399
5.3.4 Vergleich in Abhängigkeit von der Rechtsform der inländischen Spitzeneinheit	403
5.3.5 Einschaltung einer inländischen Auslandsholding durch ein Mutterpersonunternehmen	405
5.4 Im Ausland Verluste	407
5.4.1 Fallunterscheidungen	407
5.4.2 Ausländische Betriebsstätte	407
5.4.3 Ausländische Tochterkapitalgesellschaft	409

5.5 Steuerplanung einer Mutterkapitalgesellschaft durch Errichtung einer Holdinggesellschaft mit Sitz im Ausland	410
5.5.1 Reduzierung von ausländischen Quellensteuern	411
5.5.2 Schaffung der Möglichkeit zur Verrechnung von Verlusten bei der Veräußerung einer Tochterkapitalgesellschaft	412
5.5.3 Minderung der Ertragsteuern durch Veränderung der Einkunftsart ..	413
5.5.4 Konsolidierung von positiven und negativen Ergebnissen im Ausland (Landesholding)	415
6. Zwischenstaatliche Erfolgszuordnung im international tätigen Unternehmen	417
6.1 Gemeinsame Betrachtung von Betriebsstätten und Tochterkapitalgesellschaften	418
6.1.1 Nebeneinander von zwei Trennlinien: Staatsgrenze und Trennungsprinzip	418
6.1.2 Vorrang der direkten Methode in der Besteuerungspraxis (Bedeutung der Trennlinie „Staatsgrenze“)	419
6.1.3 Einfluss der Rechtsfähigkeit der Grundeinheit (Bedeutung der Trennlinie „Trennungsprinzip“)	422
6.2 Rechtsgrundlagen	424
6.2.1 Betriebsstätten: Vorrang der direkten Methode	425
6.2.2 Korrektur von Verrechnungspreisen	428
6.2.2.1 Verdeckte Gewinnausschüttung	428
6.2.2.2 Verdeckte Einlage	431
6.2.2.3 Gewinnberichtigung nach §1 AStG	434
6.2.2.4 Abkommensrecht (Art. 9 OECD-MA)	438
6.2.3 Erfassung stiller Reserven (Entstrickung, Wegzugsbesteuerung)	441
6.2.4 Mitwirkungs- und Dokumentationspflichten	444
6.2.5 Schiedsverfahrenskonvention	448
6.3 Merkmale des Fremdvergleichs	452
6.3.1 Notwendigkeit eines angemessenen Verrechnungspreises	452
6.3.2 Tatsächlicher Fremdvergleich	455
6.3.3 Hypothetischer Fremdvergleich	462
6.4 Verrechnungspreismethoden	466
6.4.1 Einfluss der Art der Leistungsbeziehung auf die Auswahl der Verrechnungspreismethode	466
6.4.2 Standardmethoden	470
6.4.2.1 Preisvergleichsmethode	471
6.4.2.2 Wiederverkaufspreismethode	474
6.4.2.3 Kostenaufschlagsmethode	475
6.4.2.4 Vergleich der transaktionsbezogenen Methoden	477
6.4.3 Gewinnerorientierte Methoden	478
6.4.3.1 Geschäftsfallbezogene Methoden	479
6.4.3.2 Schätzmethoden	481
6.4.4 Kostenverteilung (Kostenumlageverträge)	482
6.5 Erfassung von Wechselkursänderungen	486
6.6 Anwendungsfälle	489
6.6.1 Bedeutung der beiden Trennlinien „Staatsgrenze“ und „Trennungsprinzip“ im tabellarischen Überblick	489
6.6.2 Leistungsaustausch mit Außenstehenden	492
6.6.3 Materielle Wirtschaftsgüter	495
6.6.3.1 Lieferung von Wirtschaftsgütern des Umlaufvermögens	495

6.6.3.2 Lieferung von materiellen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens	498
6.6.3.3 Nutzungsüberlassungen	500
6.6.4 Gewerbliche Dienstleistungen	502
6.6.5 Verwaltungsbezogene Dienstleistungen	503
6.6.5.1 Abgrenzung der verrechenbaren Leistungen	503
6.6.5.2 Verrechnung der Höhe nach	506
6.6.6 Immaterielle Wirtschaftsgüter	508
6.6.7 Funktionsverlagerung	511
6.6.8 Finanzierung	518
6.6.8.1 Betriebsstätte	518
6.6.8.2 Tochterkapitalgesellschaft	523
6.6.8.3 Vergleich	525
6.7 Einfluss der Besteuerung auf die Verteilung von betrieblichen Funktionen im international tätigen Unternehmen	527
6.7.1 Steuerplanerische Zielsetzung bei einer Funktionsverlagerung	527
6.7.2 Auslandsvertrieb: Direktgeschäft, Eigenhändler oder Kommissionär ..	528
6.7.3 Auslandsproduktion: Eigenhersteller, Lizenzfertigung oder Lohnfertigung	532
6.7.4 Auslandsforschung: Dienstvertrag, Werkvertrag, Kaufvertrag oder Lizenzvertrag	535
6.7.5 Zusätzlicher Einbezug der aperiodischen Besteuerungseffekte einer Funktionsverlagerung	542
6.7.5.1 Einflussgrößen auf die Vorteilhaftigkeit einer Funktionsverlagerung aus steuerlicher Sicht	542
6.7.5.2 Steuersatzvorteil einer Auslandsinvestition im Rahmen der laufenden Besteuerung	543
6.7.5.3 Steuereffekte aufgrund einer Funktionsverlagerung	544
6.7.5.4 Zusammenfassung der laufenden und der aperiodischen Steuer-effekte	549
7. Umsatzsteuer bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit	555
7.1 Konzepte zur umsatzsteuerlichen Erfassung des grenzüberschreitenden Leistungsaustauschs	555
7.1.1 Bestimmungslandprinzip	556
7.1.2 Ursprungslandprinzip	557
7.1.3 Vor- und Nachteile der beiden Konzepte	562
7.1.4 Umsatzsteuer im Europäischen Binnenmarkt	564
7.2 Lieferungen in Drittstaaten	569
7.3 Lieferungen in einen anderen Mitgliedstaat der EU	573
7.3.1 Notwendige Unterteilungen	573
7.3.2 Lieferungen an Unternehmer, die der Regelbesteuerung unterliegen ..	573
7.3.3 Lieferungen an Privatpersonen (Nichtunternehmer)	576
7.3.4 Lieferungen an Unternehmer, für die die Erwerbsschwelle Anwendung findet („Halbunternehmer“)	577
7.3.5 Besonderheiten bei der Lieferung von neuen Fahrzeugen	578
7.3.6 Besonderheiten bei Beförderung und Versendung („Versandhandelsregelung“)	579
7.3.7 Besonderheiten bei der Lieferung von verbrauchssteuerpflichtigen Waren	581
7.3.8 Weitere Besonderheiten	582
7.3.9 Verfahrensrechtliche Regelungen	582

7.3.10 Kurzbeurteilung	582
7.4 Sonstige Leistungen an einen ausländischen Abnehmer	584
7.4.1 Bedeutung des Orts der sonstigen Leistung	584
7.4.2 Sonstige Leistungen an Unternehmer	586
7.4.3 Sonstige Leistungen an Nichtunternehmer	588
7.5 Besonderheiten bei ausländischen Betriebsstätten	590
7.6 Besonderheiten bei ausländischen Tochterkapitalgesellschaften	591
Literaturverzeichnis	593
Stichwortverzeichnis	617

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1	Doppelbesteuerung durch das Nebeneinander von beschränkter und unbeschränkter Steuerpflicht	10
Abbildung 2.2	Doppelbesteuerung durch das Nebeneinander von zweimalig unbeschränkter Steuerpflicht	11
Abbildung 2.3	Doppelbesteuerung durch das Nebeneinander von zweimalig beschränkter Steuerpflicht	12
Abbildung 2.4	Doppelbesteuerung durch Überschneidungen bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlagen	12
Abbildung 3.1	Struktur der Europäischen Union	115
Abbildung 3.2	Grenzüberschreitende Fusion	131
Abbildung 3.3	Grenzüberschreitende Einbringung	132
Abbildung 3.4	Grenzüberschreitender Anteilstausch	132
Abbildung 3.5	Grenzüberschreitende Spaltung (Grundform)	133
Abbildung 3.6	Grenzüberschreitende Spaltung (Sonderform: Abspaltung)	133
Abbildung 3.7	Umwandlung von Niederlassungen (Betriebsstätten) in eine Tochterkapitalgesellschaft	134
Abbildung 3.8	Verlegung des Sitzes durch eine Europäische Gesellschaft (SE) oder eine Europäische Genossenschaft (SCE)	134
Abbildung 4.1	Grundstruktur eines Direktgeschäfts	249
Abbildung 4.2	Grundstruktur eines international tätigen Einheitsunternehmens	263
Abbildung 4.3	Grundstruktur eines international tätigen Konzerns	286
Abbildung 4.4	Grundstruktur der Beteiligung an einer ausländischen Personengesellschaft	328
Abbildung 5.1	Entscheidungssituation: Errichtung einer inländischen Auslandsholding	383
Abbildung 5.2	Fremdfinanzierung der Auslandsinvestition durch das inländische Mutterunternehmen	391
Abbildung 5.3	Reduzierung von ausländischer Quellensteuer durch Einsatz einer Holdinggesellschaft	412
Abbildung 5.4	Verrechnung von Veräußerungsverlusten durch Einsatz einer Holdinggesellschaft	413
Abbildung 5.5	Minderung der Ertragsteuern durch Veränderung der Einkunftsart durch Einsatz einer Holdinggesellschaft	414
Abbildung 5.6	Konsolidierung von positiven und negativen Ergebnissen durch Einsatz einer Holdinggesellschaft	415
Abbildung 6.1	Voraussetzungen für eine Gewinnberichtigung nach §1 AStG ..	435
Abbildung 6.2	Zeitlicher Ablauf eines Verfahrens im Rahmen der Schiedsverfahrenskonvention	451
Abbildung 6.3	Tatsächlicher Fremdvergleich	458
Abbildung 6.4	Hypothetischer Fremdvergleich	463

Abbildung 6.5	Formen des Preisvergleichs in Abhängigkeit von der Stellung der beteiligten Vertragspartner	472
Abbildung 6.6	Besonderheiten bei einer Funktionsverlagerung.....	513
Abbildung 7.1	Besteuerung von Lieferungen in einen anderen Mitgliedstaat der EU	574
Abbildung 7.2	Ort der sonstigen Leistung bei unternehmerischen Abnehmern	587
Abbildung 7.3	Ort der sonstigen Leistung bei nichtunternehmerischen Abnehmern	589

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1.1:	Grafische Darstellung der Gliederung des Buchs	2
Tabelle 2.1:	Belastung von ausländischen Gewinnen bei der Anrechnungsmethode und bei der Freistellungsmethode	19
Tabelle 2.2:	Entlastung von ausländischen Verlusten bei der Anrechnungsmethode und bei der Freistellungsmethode (inländischer Steuersatz > ausländischer Steuersatz)	24
Tabelle 2.3:	Entlastung von ausländischen Verlusten bei der Anrechnungsmethode und bei der Freistellungsmethode (inländischer Steuersatz < ausländischer Steuersatz)	24
Tabelle 2.4:	Steuersatzeffekte der Anrechnungs- und Freistellungsmethode im Gewinnfall	28
Tabelle 2.5:	Auswirkungen von ausländischen Verlusten auf die Besteuerung im Ansässigkeitsstaat	30
Tabelle 2.6:	Berücksichtigung von Auslandsverlusten im Ansässigkeitsstaat, wenn im Ausland keine Verlustverrechnung möglich ist (Einfluss des Verlustabzugs im Ausland)	49
Tabelle 2.7:	Konzeptionelle Beurteilung der Besteuerung bei Beteiligung an einer ausländischen Kapitalgesellschaft nach geltendem Recht	54
Tabelle 2.8:	Anpassungsbedarf der Besteuerungskonzeption bei Beteiligung an einer ausländischen Kapitalgesellschaft	57
Tabelle 2.9:	Auswirkungen des Nebeneinanders von Einkommen- und Gewerbesteuer	59
Tabelle 2.10:	Auswirkungen des Nebeneinanders von Körperschaft- und Gewerbesteuer (Kapitalgesellschaft) und Einkommensteuer (Anteilseigner)	61
Tabelle 2.11:	Auswirkungen der Grundformen zur Vermeidung einer internationalen Doppelbesteuerung auf die Besteuerung der Auslandseinkünfte	63
Tabelle 2.12:	Verletzungen des Konzepts einer kapitalexportneutralen Besteuerung bei der Anrechnungsmethode	66
Tabelle 2.13:	Vergleich zwischen Abzugs- und Anrechnungsmethode	70
Tabelle 2.14:	Einfluss der zwischenstaatlichen Erfolgszuordnung auf das Steueraufkommen und die Belastung von Unternehmen	77
Tabelle 2.15:	Auswirkungen der zwischenstaatlichen Erfolgszuordnung auf die Steuerplanung	80
Tabelle 2.16:	Vergleich der indirekten Methode mit der direkten Methode als Alternativen für die zwischenstaatliche Erfolgszuordnung	92
Tabelle 2.17:	Überblick über die wichtigsten Maßnahmen zur Vermeidung von internationalen Minderbesteuerungen	104
Tabelle 2.18:	Grundsätzliche Wirkungen des Bestimmungslandprinzips und des Ursprungslandprinzips bei grenzüberschreitenden Lieferungen	110
Tabelle 2.19:	Grundsätze zur umsatzsteuerlichen Behandlung des grenzüberschreitenden Leistungsaustauschs	111

Tabelle 3.1:	Einteilung des internationalen Steuerrechts	114
Tabelle 3.2:	Leitlinie der Mehrwertsteuersystemrichtlinie für die umsatzsteuerliche Erfassung des grenzüberschreitenden Leistungsaustauschs	126
Tabelle 3.3:	Vergleich der Mindeststeuersätze in der EU und der Besteuerung in Deutschland bei den speziellen Verbrauchsteuern für ausgewählte Beispiele	127
Tabelle 3.4:	Besteuerung von Gewinnausschüttungen einer Tochterkapitalgesellschaft nach der Mutter-Tochter-Richtlinie	128
Tabelle 3.5:	Aufteilung der Besteuerungsrechte nach einem Wegzug bzw. dem Verbringen eines Wirtschaftsguts	143
Tabelle 3.6:	Zuordnung der europarechtlichen Regelungen zu den Grundfragen der internationalen Unternehmensbesteuerung	153
Tabelle 3.7:	Steuersätze im Rahmen des Steuerabzugs nach §50a EStG	166
Tabelle 3.8:	Beteiligung einer ausländischen Kapitalgesellschaft an einer deutschen Kapitalgesellschaft	168
Tabelle 3.9:	Abgrenzung der Besteuerungsrechte im OECD-Musterabkommen und ihre Umsetzung in die deutsche Besteuerungspraxis	207
Tabelle 3.10:	Aufteilung der Besteuerungsrechte bei Einkünften aus unselbständiger Arbeit nach Art. 15 OECD-MA	209
Tabelle 3.11:	Kapitalertragsteuer auf Dividenden nach Art. 10 Abs. 2 OECD-MA	210
Tabelle 3.12:	Zuordnung der Einkunftsarten des OECD-Musterabkommens zu den Einkunftsarten des innerstaatlichen Steuerrechts	212
Tabelle 3.13:	Zuordnung der Einkunftsarten des innerstaatlichen Steuerrechts zu den Einkunftsarten des OECD-Musterabkommens	213
Tabelle 3.14:	Veränderungen durch den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens	229
Tabelle 4.1:	Einkommen- und körperschaftsteuerliche Erfassung der Beteiligung an einer ausländischen Tochterkapitalgesellschaft im Gewinnfall	310
Tabelle 4.2:	Gewerbsteuerliche Erfassung der Beteiligung an einer ausländischen Tochterkapitalgesellschaft im Gewinnfall	313
Tabelle 4.3:	Kapitalertragsteuer auf Dividenden im DBA-Fall	317
Tabelle 5.1:	Betriebsstätte im Nicht-DBA-Fall (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	344
Tabelle 5.2:	Tochterkapitalgesellschaft bei Thesaurierung im Nicht-DBA-Fall (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	345
Tabelle 5.3:	Tochterkapitalgesellschaft bei Ausschüttung im Nicht-DBA-Fall (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	346
Tabelle 5.4:	Tochterkapitalgesellschaft mit Gesellschafterdarlehen im Nicht-DBA-Fall (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	347
Tabelle 5.5:	Zweistufiger Unternehmensaufbau mit Personenunternehmen als Spitzeneinheit im Nicht-DBA-Fall	348
Tabelle 5.6:	Betriebsstätte im Nicht-DBA-Fall (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	350
Tabelle 5.7:	Tochterkapitalgesellschaft bei Thesaurierung im Nicht-DBA-Fall (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	350
Tabelle 5.8:	Tochterkapitalgesellschaft bei Ausschüttung im Nicht-DBA-Fall (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	351

Tabelle 5.9: Tochterkapitalgesellschaft mit Gesellschafterdarlehen im Nicht-DBA-Fall (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	352
Tabelle 5.10: Zweistufiger Unternehmensaufbau mit Kapitalgesellschaft als Spitzeneinheit im Nicht-DBA-Fall	353
Tabelle 5.11: Einfluss der Rechtsform der inländischen Spitzeneinheit (Nicht-DBA-Fall)	354
Tabelle 5.12: Betriebsstätte im DBA-Fall (Spitzeneinheit Personenunternehmen) .	356
Tabelle 5.13: Tochterkapitalgesellschaft bei Thesaurierung im DBA-Fall (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	357
Tabelle 5.14: Tochterkapitalgesellschaft bei Ausschüttung im DBA-Fall (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	358
Tabelle 5.15: Tochterkapitalgesellschaft mit Gesellschafterdarlehen im DBA-Fall (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	359
Tabelle 5.16: Zweistufiger Unternehmensaufbau mit Personenunternehmen als Spitzeneinheit im DBA-Fall	360
Tabelle 5.17: Betriebsstätte im DBA-Fall (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft) . . .	361
Tabelle 5.18: Tochterkapitalgesellschaft bei Thesaurierung im DBA-Fall (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	362
Tabelle 5.19: Tochterkapitalgesellschaft bei Ausschüttung im DBA-Fall (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	363
Tabelle 5.20: Tochterkapitalgesellschaft mit Gesellschafterdarlehen im DBA-Fall (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	364
Tabelle 5.21: Zweistufiger Unternehmensaufbau mit Kapitalgesellschaft als Spitzeneinheit im DBA-Fall	364
Tabelle 5.22: Einfluss der Rechtsform der inländischen Spitzeneinheit (DBA-Fall)	366
Tabelle 5.23: Direktinvestition in einem anderen EU-Staat	369
Tabelle 5.24: Berücksichtigung der Begünstigung nicht entnommener Gewinne (Direktinvestition in anderen EU-Staat)	373
Tabelle 5.25: Weiterleitung der Gewinne an die Inhaber der Spitzeneinheit (Direktinvestition in einem anderen EU-Staat, bei Personenunternehmen: Regelbesteuerung)	375
Tabelle 5.26: Weiterleitung der Gewinne an die Inhaber der Spitzeneinheit (Direktinvestition in einem anderen EU-Staat, bei Personenunternehmen: Thesaurierungsbegünstigung)	381
Tabelle 5.27: Auslandsholding bei Thesaurierung der Gewinne im Ausland . . .	384
Tabelle 5.28: Auslandsholding bei Thesaurierung der Gewinne im Inland	385
Tabelle 5.29: Nachteile einer Auslandsholding bei sofortiger Ausschüttung an das inländische Mutterpersonenunternehmen	387
Tabelle 5.30: Mindestthesaurierungsdauer für die Vorteilhaftigkeit einer inländischen Auslandsholding	390
Tabelle 5.31: Fremdfinanzierung einer Betriebsstätte (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	392
Tabelle 5.32: Fremdfinanzierung einer Tochterkapitalgesellschaft bei Weitergabe als Eigenkapital und Thesaurierung der Gewinne (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	393
Tabelle 5.33: Fremdfinanzierung einer Tochterkapitalgesellschaft bei Weitergabe als Eigenkapital und Ausschüttung der Gewinne (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	395
Tabelle 5.34: Fremdfinanzierung einer Tochterkapitalgesellschaft bei Weitergabe als Gesellschafterdarlehen (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	397

Tabelle 5.35: Fremdfinanzierung einer Auslandsinvestition (Spitzeneinheit Personenunternehmen)	398
Tabelle 5.36: Fremdfinanzierung einer Betriebsstätte (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	399
Tabelle 5.37: Fremdfinanzierung einer Tochterkapitalgesellschaft bei Weitergabe als Eigenkapital und Thesaurierung der Gewinne (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	400
Tabelle 5.38: Fremdfinanzierung einer Tochterkapitalgesellschaft bei Weitergabe als Eigenkapital und Ausschüttung der Gewinne (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	401
Tabelle 5.39: Fremdfinanzierung einer Tochterkapitalgesellschaft bei Weitergabe als Gesellschafterdarlehen (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	402
Tabelle 5.40: Fremdfinanzierung einer Auslandsinvestition (Spitzeneinheit Kapitalgesellschaft)	403
Tabelle 5.41: Einfluss der Rechtsform der inländischen Spitzeneinheit (Fremdfinanzierung)	404
Tabelle 5.42: Vorteile einer inländischen Auslandsholding bei Fremdfinanzierung	406
Tabelle 5.43: Verrechnung von Verlusten einer ausländischen Betriebsstätte	408
Tabelle 5.44: Verrechnung von Verlusten einer ausländischen Tochterkapitalgesellschaft	410
Tabelle 6.1: Einteilung der Verrechnungspreismethoden	468
Tabelle 6.2: Vorgehensweise bei den Standardmethoden im Vergleich	478
Tabelle 6.3: Kostenumlageverträge im Vergleich zur Einzelabrechnung nach der direkten oder indirekten Preisverrechnung	483
Tabelle 6.4: Verrechnungspreisorientierte Erfolgszuordnung für ausgewählte Anwendungsfälle (Betriebsstätte und Tochterkapitalgesellschaft im Vergleich)	492
Tabelle 6.5: Verrechnung der Aufwendungen für die Geschäftsführung im Vergleich (Zusammenhang zwischen Gesellschafteraufwand und Regieleistungen)	505
Tabelle 6.6: Thin-capitalization-rules im internationalen Vergleich	524
Tabelle 6.7: Steuerliche Effekte einer Auslagerung des Vertriebs auf eine ausländische Grundeinheit	530
Tabelle 6.8: Steuerliche Effekte einer Auslagerung der Produktion auf eine ausländische Grundeinheit	533
Tabelle 6.9: Steuerliche Effekte einer Auslagerung der Forschung und Entwicklung auf eine ausländische Grundeinheit	538
Tabelle 6.10: Steuersatzvorteil im Rahmen der laufenden Besteuerung	544
Tabelle 6.11: Inländische Steuerbelastung im Zeitpunkt der Funktionsverlagerung	545
Tabelle 6.12: Barwert der künftigen Steuerentlastungen aus Abschreibungen	546
Tabelle 6.13: Barwert der „aperiodischen“ Steuerbelastung (Gesamteffekt)	546
Tabelle 6.14: Wirkung der aperiodischen Steuereffekte im Konzernabschluss	548
Tabelle 6.15: Mindestinvestitionszeiträume für eine Funktionsverlagerung bei einer dreijährigen Abschreibungsdauer	550
Tabelle 6.16: Mindestinvestitionszeiträumen bei einer Variation der Höhe der stillen Reserven und der Abschreibungsdauer	552

Tabelle 7.1: Bestimmungslandprinzip (Formeldarstellung)	557
Tabelle 7.2: Bestimmungslandprinzip (Rechenbeispiel)	557
Tabelle 7.3: Ursprungslandprinzip mit Vorumsatzabzug (Formeldarstellung) ..	558
Tabelle 7.4: Ursprungslandprinzip mit Vorumsatzabzug (Rechenbeispiel)	559
Tabelle 7.5: Ursprungslandprinzip mit fiktivem Vorsteuerabzug (Formel- darstellung)	559
Tabelle 7.6: Ursprungslandprinzip mit fiktivem Vorsteuerabzug (Rechen- beispiel)	560
Tabelle 7.7: Ursprungslandprinzip mit grenzüberschreitendem Vorsteuer- abzug (Formeldarstellung)	561
Tabelle 7.8: Ursprungslandprinzip mit grenzüberschreitendem Vorsteuerabzug (Rechenbeispiel)	561
Tabelle 7.9: Verteilung des Gesamtsteueraufkommens (Formeldarstellung)	562
Tabelle 7.10: Verteilung des Gesamtsteueraufkommens (Rechenbeispiel)	563
Tabelle 7.11: Gemeinsamer-Markt-Prinzip (Rechenbeispiel)	566
Tabelle 7.12: Vergleich des geltenden Rechts mit dem Gemeinsamer-Markt- Prinzip	568
Tabelle 7.13: Alternativen zur Umsetzung des Bestimmungslandprinzips	580